

mitte drin

Ausgabe 01 / 2020 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

#kulturfüralle – #DHH2021 – #r2g

Ab April einmal im Monat gratis ins Museum

Vor über zwei Jahren habe ich einen Paradigmenwechsel in der Kulturpolitik eingefordert und diesen mit dem Haushalt 2018/19 auch begründet gefunden. Seitdem haben wir hart gearbeitet und nun, mit dem Beschluss zum Haushalt für die Jahre 2020 und 2021, Bestätigung für unseren Weg gefunden.

Wir können die Vielfalt und Breite der Berliner Kulturlandschaft erhalten und auch ausbauen. Wir sind in der Lage, Begonnenes konsequent fortzuführen – im Sinne der Kunst- und Kulturszene der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger. Wir verbessern die Rahmenbedingungen, die es vielen Kunstschaffenden ermöglichen, frei zu arbeiten, ohne in materiellen Existenzängsten zu leben. Alles ist dringend notwendig.

Im Mittelpunkt stehen für mich weiterhin Fragen der gleichberechtigten Teilhabe aller am gesellschaftlichen und damit auch am kulturellen Reichtum. Ab April 2020 wird es jeden Monat einen Sonntag geben, an dem die Museen des Landes (und auch des Bundes

in Berlin) eintrittsfrei sein werden. Dazu kommen in den Einrichtungen Mitmach- und Vermittlungsangebote, damit der Museumsbesuch an diesem Tag nicht nur eintrittsfrei, sondern auch ein besonderes Kultur- und Bildungserlebnis wird. Die Kopplung von Eintrittsfreiheit und solchen Angeboten an die Stadtgesellschaft begegnet den Problemen wirklicher Teilhabe auf zwei Wegen: Wir senken materielle Hürden, die es ganz faktisch gibt: Es gibt Menschen, die sich den Eintritt in Museen schlicht nicht leisten können. Und wir senken immaterielle Hürden, indem wir mit zusätzlichen Einladungen zum Besuch Brücken in unsere Einrichtungen schaffen. Ich bin überzeugt, dass es uns nur so gelingt,



Dr. Klaus Lederer, Senator für Kultur und Europa

nicht nur in der ganzen Stadt Kunst und Kultur anzubieten, sondern für die ganze Stadt. Denn der kulturelle Reichtum ist nicht nur für eine kleine Gruppe in der Stadt da. Und je früher Menschen in ihrem Leben mit der

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Regieren nach Gutsherr*innenart gegen Anwohnerschaft?

Die Karl-Marx-Allee in Mitte ist eine große Baustelle. Die geplanten Veränderungen wurden nach langer Diskussion zwischen Verwaltung und Anwohnern festgelegt. Jetzt will die grüne Verkehrsministerin die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung außer Kraft setzen.

Fortsetzung auf Seite 2 ▷

Antifaschismus ist heute nicht mehr gemeinnützig?

So sieht es zumindest das Berliner Finanzamt für Körperschaften. Es hat die Gemeinnützigkeit der VVN-BdA außer Kraft gesetzt und damit die finanzielle und politische Handlungsfähigkeit der Organisation angegriffen. Jetzt hilft nur Druck und Solidarität!

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Empörte Demonstrant*innen gegen den Mietendeckel?

Die Mehrheit der Berliner*innen unterstützt die Einführung von Mietobergrenzen. Dagegen machen FDP, Immobilienlobby und ein Teil ihrer Medien mobil und organisieren den „Protest“. Über die Aktionen der „bezahlten Gelbwesten“ berichtet Markus Wollina.

Fortsetzung auf Seite 6 ▷

Trotz alledem! – Wir sehen uns bei Karl und Rosa!

An die Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten der LINKEN – nehmt an der Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht teil!

Sonntag, 12. Januar 2020

9 – 13 Uhr, Gedenkstätte der Sozialisten (Gudrunstraße 20, 10365 Berlin)

10 Uhr, Demonstration im Rahmen der Ehrung, U-Bahnhof Frankfurter Tor

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337

Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,

Do. bis 19 Uhr

Blick aus dem Amt

Vor dem (Hochzeits-) Fest

Die Frühlings- und Sommermonate sind beliebte Hochzeitsmonate. Dies ist im Standesamt Mitte bereits jetzt im Winter spürbar.

Vor dem freudigen Fest sind die Wahrnehmung eines Termins zur Anmeldung einer Eheschließung und die Feststellung der Ehfähigkeit zwar wenig festlich, aber obligatorisch. Zuständig für diese Anmeldung ist das Wohnsitzstandesamt. In dessen Zuständigkeitsbereich muss mindestens einer der beiden Heiratswilligen gemeldet sein. Leider ist die Situation im Standesamt Mitte nach wie vor von personeller Unterausstattung und sich hieraus ergebenden langen Wartezeiten und Terminengpässen geprägt.

Aktuell ist die Nachfrage nach den bereits knappen Terminen nochmals deutlich verstärkt, da viele Paare ihren Wunschtermin zur Eheschließung im Frühling oder Sommer realisieren wollen. Die regelmäßig im Online-

buchungssystem freigeschalteten Termine entsprechen nicht der Nachfrage, weshalb sie stets schnell ausgebucht sind und der frustrierende Eindruck entsteht, dass es durchgängig keine Termine gäbe. Statt sich auf die Organisation der Festlichkeiten und die Einladung der Gäste konzentrieren zu können, befinden sich Paare also in dieser misslichen Terminbuchungssituation.

Damit die Situation zeitnah besser wird, wird das Standesamt Mitte derzeit von der zuständigen Senatsverwaltung für Inneres und Sport personell unterstützt. Neben starken Personalgewinnungsbemühungen, die im 1. Quartal 2020 voraussichtlich zu den benötigten Kolleg*innen führen werden, wurde ein Reorganisationsprozess angestoßen, der mittelfristig zu einem Maßnahmenpaket für interne Restrukturierungen und zu einer effektiveren Aufgabenwahrnehmung beitragen soll. In den Standesämtern macht sich wieder einmal

ein Hauptproblem der Berliner Verwaltung deutlich: Die im Verlauf mehrerer Jahre sowohl durch landesweite Einsparvorgaben als auch durch die Nichtberücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung entstandenen (persönlichen) Probleme lassen sich nicht kurzfristig beheben. Unabhängig von den individuellen Aktivitäten der Bezirke zur Verbesserung ist die Summe an eingeleiteten personellen, organisatorischen sowie auf Digitalisierung gerichteter Maßnahmen zusammen mit dem Land äußerst wichtig.

Ich und meine Mitarbeitenden versuchen konstruktiv an Verbesserungen mitzuwirken, denn die Zeit vor dem (Hochzeits-) Fest sollte für die Paare durch Vorfreude auf ihren schönsten Tag geprägt sein und nicht durch bürokratische Hürden.

Ramona Reiser,
Stadträtin für Jugend, Familie
und Bürgerdienste

Aus der BVV

Bürgerbeteiligung darf nicht mit Füßen getreten werden!

Am 5.12. schockierte eine Meldung alle, die sich seit Jahren für die Karl-Marx-Allee engagieren. Seien es die Stadtplaner, die sich



für die Karl-Marx-Allee als Weltkulturerbe einsetzen, die Abgeordneten und Verordneten, die hier für die Anwohner kämpfen oder gar die Anwohner selbst, die sich seit Jahren bei den ganzen Bauvorhaben in ihrer Straße mit viel Energie einbringen: Die grüne Verkehrsministerin hat – ohne vorher mit irgendwem zu sprechen – einfach so beschlossen, die Ergebnisse der Bürgerbeteiligungen über den Haufen zu werfen und die Parkplätze auf dem Mittelstreifen zugunsten eines Grünstreifens

zu entfernen. Sie hat das weder mit dem Landesdenkmalamt abgesprochen, das versucht, die Karl-Marx-Allee als Weltkulturerbe anerkennen zu lassen, noch mit den Koalitionspartnern. Aber was am schlimmsten ist, sie hatte nicht vor, mit den Bürger*innen zu sprechen. Sie wollte diese nur per Brief über die geplante Änderung informieren.

Für die Linksfraktion jedoch sind reine Informationen keine Bürgerbeteiligungen. Schon gar nicht reicht es uns aus, die Ergebnisse und Kompromisse, die zwischen Land, Bezirk und Anwohnern gefunden wurden, einfach so per Mitteilung aufzukündigen.

Wir als Linksfraktion sind für den Umweltschutz. Aber das geht nicht, indem man die Bürger*innen brüskiert, ihre Meinung ignoriert und vom Staat gegebene Versprechen bricht! Zum Glück konnten DIE LINKE. im Abgeordnetenhaus wie auch die SPD die grüne Senatorin zur Vernunft bringen. Es wird bereits für Ende Januar eine Veranstaltung für die Bürger*innen geplant (Der genaue Termin stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest). Die Einbeziehung der Bürger*innen ist für die

Linksfraktion Berlin-Mitte Grundvoraussetzung, damit Änderungen an solchen beschlossenen Plänen durchgeführt werden können. Auch wenn man noch so hehre Ziele wie den Umweltschutz im Blick hat, man darf dabei nicht den demokratischen Grundkonsens verlassen und die Bürgerbeteiligung umgehen. Dafür steht die Linksfraktion Berlin-Mitte.

Andreas Böttger
Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE.
In der BVV von Berlin-Mitte

Alle Informationen auf
www.linksfraktion-berlin-mitte.de

**Die Linke – Fraktion in der BVV
Mitte von Berlin**

Die Sprechzeiten im Fraktionsbüro finden an jedem Mittwoch von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31,
10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Affront gegenüber Antifaschisten

Umgehend Gemeinnützigkeit des VVN-BdA wieder herstellen

Seit Anfang November ist die **Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) in die Medien geraten. Das Berliner Finanzamt für Körperschaften hat für den Bundesverband der VVN-BdA, dessen Geschäftsstelle seit 2003 in Berlin ist, die Gemeinnützigkeit für den Zeitraum 2016 bis 2018 außer Kraft gesetzt.**



Ehre und Respekt für antifaschistischem Widerstand

Dem schlossen sich daraus ergebende Steuernachforderungen im fünfstelligen Bereich an. Die Finanzbehörde berief sich in ihrer Entscheidung auf den bayerischen Verfassungsschutz, der seit vielen Jahren behauptet, der Bundesverband der VVN-BdA sei die bundesweit größte linksextremistisch beeinflusste Organisation des Antifaschismus. Der Bundesverband hat sofort Widerspruch eingelegt.

Es bleibt ein politischer Skandal, wenn das Finanzamt nach langjähriger Akzeptanz des

Bundesverbandes als zivilgesellschaftliche und antifaschistische Organisation plötzlich die Gemeinnützigkeit aufkündigt und damit deren vielseitige Tätigkeit erheblich einschränkt.

Dieser Entscheidung ist auch ein Affront gegenüber den Verfolgten des Naziregimes, derer seit Jahren am 27. Januar und am 20. Juli gedacht wird. Die Bundeskanzlerin würdigte 2019 den Widerstand in aller Breite und Vielfalt,

den von Klaus von Stauffenberg wie auch von allen anderen Widerstandsgruppen, dem kommunistischen Widerstand, der Opposition in evangelischen und katholischen Kirchengemeinden, von verfolgten Jüdinnen und Juden sowie der Roma und Sinti. Als Angela Merkel die „Rote Kapelle“ erwähnte, dachte ich an meine Eltern. Zehn Wochen nach ihrer

Festnahme kam ich Ende November 1942 in einem Berliner Frauengefängnis zur Welt. Meine Eltern wurden in der Hinrichtungsstätte Plötzensee ermordet. Seit Jahrzehnten engagiere ich mich in den Reihen der VVN-BdA, werde in Schulen eingeladen, über das Leben und den Widerstand meiner Eltern und der „Roten Kapelle“ zu berichten.

Mit dem Entzug der Gemeinnützigkeit begann eine breite solidarische Protestbewegung. Zuerst haben sich die Auschwitzüberlebende Esther Bejarano und der Überlebende des KZ



Hans Coppi ehrt die „Rote Kapelle“

Buchenwald Günter Pappenheim, Vizepräsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora, sowie weitere Mitstreiter*innen in offenen Briefen an den Bundesfinanzminister und den Berliner Finanzsenator sowie an das Finanzamt I gewendet. Die Anfang November im Internet gestartete Petition „Die-VVN-BdA-muss-gemeinnützig-bleiben“ haben über 25.000 Frauen und Männer unterzeichnet. Über 1.000 von ihnen haben ihren Eintritt in unseren Verband erklärt, davon 320 in Berlin. Inzwischen liegt dem Bundesverband ein erster Bescheid vor. Darin hat das Finanzamt für Körperschaften die Vollziehung des ergangenen Steuerbescheids wegen „unbilliger Belastung des Vereins“ ausgesetzt. Im Widerspruch zu dem sich ausweitenden Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rechtsnationalismus und Rechtspopulismus benötigt unser Gemeinwesen mehr antifaschistisches Engagement. Eine Voraussetzung ist die umgehende Wiederherstellung der Gemeinnützigkeit für den Bundesverband der VVN-BdA.

Dr. Hans Coppi, Ehrenvorsitzender der Berliner VVN-BdA

Fortsetzung von Seite 1: #kulturfüralle #DHH2021 #r2g

Schönheit, der Vielfalt und kreativen Ausdrucksformen in Berührung kommen, desto eher eröffnen sich ihnen neue Welten, die sie gern betreten. Deshalb werden wir auch in den nächsten Jahren Kinder-, Jugend- und Puppentheater oder auch Jugendkunstschulen und Musikschulen stärken. Wir werden 2020 die Bibliotheksentwicklungsplanung abschließen und die Planung der Zentral- und Landesbibliothek vorantreiben.

Ein weiteres wichtiges Vorhaben, das wir

in den nächsten Monaten finanziell untersetzt beginnen können, ist die Kolonialismus-Aufarbeitung. Wir schlagen damit ein neues Kapitel der Erinnerungskultur auf und werden dieses verdrängte Kapitel deutscher Geschichte stärker sichtbar, stärker transparent, stärker begreifbar machen und zurückholen in die gesellschaftliche Auseinandersetzung.

Und nicht zuletzt werden wir mit dem Aufbau eines Kulturraum-Büros die dringende Aufgabe der Akquise und Herrichtung von

Arbeitsräumen für Künstlerinnen und Künstler auf eine neue Stufe heben und mit mehr Personal und Geld versuchen, der Verwertungslogik etwas entgegen zu setzen, um unsere bunte, vielfältige Kulturlandschaft in Berlin zu erhalten.

Denn das ist Kulturpolitik: Wir bauen die Infrastruktur, die Kunst machen die Künstlerinnen und Künstler.

Klaus Lederer, Senator für Kultur und Europa

Gut für die Mieter*innen, gut für Berlin

Diskussion im Schrader-Haus im Wedding zum Mietendeckel

Die Basisorganisation der Partei DIE LINKE. Wedding veranstaltete am 3. Dezember eine Podiumsdiskussion zum Mietendeckel. Zu Gast waren der Vorstand der Berliner Baugenossenschaft (bbg) Jörg Wollenberg, die Verordnete der Bezirksverordnetenversammlung Katharina Mayer und der Stadtsoziologe

Mayer, BVV-Mitglied der Linksfraktion, zunächst einmal die tatsächlichen Ziele und Mittel des Mietendeckels dar. Kompetent berichtete sie über die Notwendigkeit einer Verschnaufpause von fünf Jahren für die Mieter*innen Berlins. Mit dem Mietendeckel werden Modernisierungen ohne Preistreibe- berei und auch die Absenkung überteuerter Mieten wieder möglich.



Podium v. l.: Kathi Mayer, Andrej Holm, Martha Kleedörfer, Jörg Wollenberg (bbg)



Das Publikum im überfüllten Saal des Karl-Schrader-Hauses im Wedding

der Humboldt Universität Andrej Holm, moderiert von der Sprecherin der BO Wedding, Martha Kleedörfer.

Wie berichtet, führen die Vorstände einiger Genossenschaften eine äußerst fragwürdige Kampagne gegen den Mietendeckel des Berliner Senats. Daher entschloss sich die BO Wedding, den Vorstand der bbg zu einem klärenden Gespräch einzuladen. Zu Beginn unserer Veranstaltung stellte Kathi

der bbg waren anwesend. Dank der umsichtigen Moderatorin sind auch Mitglieder der „Genossenschaft von unten“ zu Wort gekommen. „Kommt endlich herunter von euren abgehobenen Argumenten und orientiert euch wieder an den Genossenschaftsmitgliedern selbst!“, rief eine Mieterin dem bbg-Vertreter zu und erntete begeisterten Beifall.

Rainer Scholz

Bei anderen gelesen

► „Frieden schaffen ohne Waffen“

Im 30. Jahr des „Mauerfalls“ sollte sich auch in unserem Denken und Handeln die 1989 auf vielen Kundgebungen vorgetragene Forderung „Frieden schaffen ohne Waffen“ endlich verwirklichen. Bei all den vorhandenen Konflikten ertönt seitens verantwortlicher Politiker unseres Landes und leider auch von Journalisten als erstes der Ruf nach militärischem Eingreifen. Sollten wir Deutschen nicht vorangehen in dem Bestreben, zuallererst jedwede Auseinandersetzungen in der Welt mit friedlichen Mitteln zu lösen.

Raimon Brete in „RotFuchs“, Dezember 2019

► Noch ein weiter Weg

Die wichtigste globale Frauenrechtskonvention CEDAW wird 40. Obwohl Deutschland sie ratifiziert hat, hakt es bei der Umsetzung. Das einzige Instrument zur Durchsetzung der Konvention ist das Gerichtsverfahren zwischen dem kontrollierenden Ausschuss der UN und der Bundesregierung, eine Art fortlaufender schriftlicher Dialog. Frauen- und menschenrechtspolitische Themen wie produktive Rechte brauchen hierzulande einfach einen höheren Stellenwert, um eine zeitgemäße Gleichstellungspolitik in Deutschland zu verankern.

„taz“, 18.12.2019

Wahlkreisbüro Tobias Schulze,

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39
13353 Berlin – Wedding
Tel.: 030 – 547 13 449
(Bus 142 Kiautschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding, U-Bahnhof Amrumer Straße)
buero.schulze@linksfraktion.berlin

Öffnungszeiten:

Dienstag, Donnerstag 10 – 15 Uhr
Mittwoch 13 – 18 Uhr
Und nach Vereinbarung!

www.sprengbuero.de
www.tobiasschulze.berlin
Twitter: @sprengbuero

Sprechzeiten der Bezirksvorsitzenden

**Jeden Mittwoch findet
von 16 bis 19 Uhr**

eine Sprechstunde der Bezirksvorsitzenden Zhana Jung in der Geschäftsstelle für alle Genoss*innen, Sympathisant*innen und Interessent*innen statt.

Karl-Liebknecht-Haus,
Zimmer 113, Kleine Alexanderstr. 28,
10178 Berlin

Kurznachrichten

➤ Regenwald wird ruppig abgeholzt

In den ersten elf Monaten dieses Jahres sind fast 9 000 Quadratkilometer Regenwald am Amazonas zerstört worden. Das brasilianische Weltrauminstitut schaut mit Satellitenaugen aufmerksam zu. Die Regierung auch.

➤ Verkaufsoffene Sonntage 2020

Im ersten Halbjahr gibt es drei davon – den 29. Januar (Grüne Woche), den 23. Februar (Berlinale) und den 21. Juni (Fete de la Musique). Berlin hat im Bundesvergleich das liberalste Ladenöffnungsgesetz. Die Einzelhändler dürfen an zehn Sonntagen öffnen. Brandenburg erlaubt nur sechs Sonntage.

➤ Befristete Jobs auch 2020

Vier von zehn Neueinstellungen werden derzeit nur befristet gewährt. Sie können nach Ablauf der Frist ohne Weiteres entlassen werden. Das Forschungsinstitut bei der Bundesagentur für Arbeit nennt 2,7 Millionen Menschen mit befristeten Arbeitsverträgen. Das ist jede*r zwölfte Beschäftigte.

➤ Immer mehr private Wohnungsvermieter in Berlin

Das erklärte die Senatsfinanzverwaltung auf eine parlamentarische Anfrage der FDP. Im Jahr 2008 wurden 155 800 Menschen „steuerlich erfasst“, die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung von Wohnungen hatten. Sie erzielten zusammen 265 Millionen Euro Einnahmen. 2017 wohnten 196 600 „natürliche Personen“ bei solchen privaten Vermietern. Die zu versteuernden Einnahmen betragen nun 1,31 Milliarden Euro.

➤ Trump muss immer der Größte sein

– auch mit falschen oder irreführenden Aussagen. Die „Washington Post“ hat ein Faktencheck-Register geführt. Das weist für 2017 exakt 1 999 falsche oder irreführende Aussagen des USA-Präsidenten auf. Im folgenden Jahr legte er kräftig zu. Da brachte er es schon auf 5 689, macht zusammengefasst schon 7 688. Bis zum 10. Dezember 2019 zählten die Statistiker 15 413. Und noch ist das Ende der Fahnenstange nicht zu sehen . . .

Menschen in Mitte

Philine Edbauer – kreativ bei der Umsetzung von Visionen

Philine Edbauer hat noch viel vor in ihrem Leben. Dafür hat sie gleich vier faszinierende Vorbilder: die scharfsinnige Analytikerin des Totalitarismus Hannah Arendt, die US-amerikanische Politikerin Alexandria Ocasio-Cortez, die eingestaubte Institutionen belebt, die Regisseurin Ava Du Vernay, die mit ihren Filmen Bewusstsein für Rassismus schafft, und das britische Model Munroe Bergdorf wegen ihres Einsatzes gegen Diskriminierung. „Sie haben mich mit geformt und sagen mir Schwerpunkte und Grundsätze für Visionen in unserer Zeit“, sagt die 29-jährige.

1990 in München geboren, in Landshut aufgewachsen, kam sie nach weiteren Jahren in der bayrischen Hauptstadt 2014 nach Berlin. Dort zog sie von Friedrichshain über Prenzlauer Berg nach Wedding, kam von Die Partei Berlin zum Bezirksverband der DIE LINKE in Mitte. „Ich bin angekommen“, betont die mehrjährige Account-Managerin und Studentin, „das ist meine Partei, für die ich mich einsetze und zu deren weiteren Profilierung ich beitragen möchte.“ So steht bei ihr an vorderer Stelle die Arbeit mit den Mitgliedern – den jungen wie den älteren –, die gezielte Einbeziehung neuer Mitstreiter. Dass DIE LINKE unbedingt an Kompetenz auch in der Wirtschaftspolitik gewinnen muss, wird schon lange erwartet und gefordert. In der mit von ihr dafür gegründeten Landesarbeitsgemeinschaft ist sie Sprecherin.

„Unumgänglich für mich ist ebenso eine neue Drogenpolitik.“ In Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Mitstreitern kämpft sie in der Initiative „#my brainmychoice“ (Mein Hirn, meine Entscheidung) gegen Voreingenommenheit und Irrtümer. „Der Drogengebrauch muss endlich entkriminalisiert, legale, gewaltfreie Lieferketten müssen ermöglicht und wirksame Drogenhilfe stärker finanziert werden.“ Sie organisiert Gesprächsrunden mit Aktivist*innen und verteilt selbstentworfenen Sticker.

Philine Edbauer arbeitet aber auch mit weiteren Interessierten an einem Pilotprojekt für Antidiskriminierung, will für Bedarfsfälle Ansprechpartner namhaft machen.

Bei der Zukunftssuche konkret werden

„Wo wollen wir hin?“, fragt sie. „Wie stellen wir uns die Zukunft ohne Kapitalismus vor? Da müssen wir als Linke endlich konkret werden und Schritt für Schritt aufzeigen, wie wir dahin gelangen. Der erste Schritt wäre raus aus dem



Von München nach Berlin-Mitte: Philine Edbauer

Neoliberalismus, rüber zu einer Wirtschaftspolitik, in der massiv investiert wird.“ Sie stählt sich für ihren Weg mit ihrem Studium an der Humboldt-Universität. Im Frühjahr 2020 will Philine ihre Masterarbeit verteidigen. „Bisher habe ich in verschiedenen Unternehmen und in einem Verein im Verkauf, im Vertrieb und bei der Organisationsentwicklung gearbeitet“, erklärt sie. „Zukünftig will ich noch kreativer tätig sein können, mit inhaltlicher Arbeit Geld verdienen, neue Freiräume schaffen, bei der Umsetzung unserer Visionen noch wirksamer sein.“ Wünschen wir ihr viel Erfolg!

Matthias Herold

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

an jedem ersten, dritten und fünften Mittwoch des Monats

kostenlose Beratung zu Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht durch die **Rechtsanwälte Nina Jenny Soest und Christian Wisch** von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich)

LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28705751



BÜRGERBÜRO BLUHM – SEIDEL – WOLF
Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin
Telefon (030) 22 49 45 77
kontakt@carola-bluhm.de / www.carola-bluhm.de
Sozial- und Mieterberatung
Do 17.30-18 Uhr: 16.1., 30.1., 13.2., 27.2., 12.3.

Berlins neue Zwanziger

Den Goldenen Zwanzigern galt Berlins Mitte als sündige Metropole für Künstler, Prostituierte, Geschäftemacher, Reichsmark, Nachtleben, Varietés, Gasthäuser, Kneipen. Weltbekannt Friedrichstraße und Linden, folgenscher Weltwirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit, Verelendung, Faschismus, Krieg. Seit 20 Jahren das neue Jahrtausend, Thema der jetzigen Zwanziger: Das Klima. Auch Berlins Mitte konsumiert, baut, isst, entsorgt umweltbewusster.

Dämmen Mietendeckel die Armut? Digitalisierung frisst Strom. Riesenlettern und grüne Striche markieren die Linien- als Fahrradstraße, gegen rasenden Berufsradverkehr helfen nur breite Autos. Fußgänger rennen. Bevölkerungs- und mentaler Wandel, kulturelle und ethnische Vielfalt überfordern auch Volksrepräsentanten. An Fußgängergerechtigkeit mangelt's der Verkehrswende, für längeres Fußgängergrün braucht die Verwaltung Jahre. Hinreißend finde ich das berlinernde Weltkulturerbe-Begehrt des ÖPNV, doch in Tor- und Rosenthaler Straße fehlen Haltestellen. Stau und Ampel regeln in der Invalidenstraße Tempo 30, für 300 Meter Friedrichstraße und die Linden wollen Bezirk und Senat für's urbane Flanieren Autoverbote, doch ohne In-

vestitionen in verlockende Schaufenster, Kinos, Schwatz- und Tanzbuden, Clubs, Kellertheater, Nachtcafés und sündige Gastronomie kein dichtes Gedränge. Heute trinken glückliche Touristen am Gendarmenmarkt Münchner Bier, empfängt das Konzerthaus nicht über seine Freitreppe, fällt abends nach dem letzten Ton das Publikum stumm auseinander, so ist städtische Ödnis. Letztens pendelte die U6, fuhr die M1 ab, als wir uns näherten, kaum Menschen, doch Dussmann und McDonald's strahlten. Mit der Tram ist das Leben nah, zwischen Hackescher Markt und Rosenthaler Platz wird auch gewohnt. Wo nachts Window-Shopping, Falafel, Kaffee, Döner, Burger, Brezeln, Kuchen, Reisrollen im Vorbeigehen möglich sind, wo die halbe Welt kocht, eilt und isst, wo jugendliches Volk erstaunlichste Garderobe trägt, da lässt sich gut verweilen. So stehen, sitzen, plaudern sie auch vor den Spätis und eng auf Bürgersteigen. Heute riechen Monbijoupark, Weinberg, sogar der Koppenplatz nach Cannabis und Alkohol, alles im U-Bahn-Umfeld zu erwerben. BVV und Ordnungsamt sind nicht zuständig, die Polizei ordnet, erteilt als Freund und



BVG strebt nach Weltkulturerbe mit steigenden Fahrpreisen

Helfer bei Lärm nachts Platzverweise, wird trotz Personalmangels, obgleich kein Kriminalitätsschwerpunkt, hier 2020 vermutlich mehr patrouillieren. Inmitten des Trubels übernachten Obdachlose vor den Häusern.

Irene Runge

Bezahlte Gelbwesten

Die Immobilienlobby macht mobil gegen den Mietendeckel

Wer am 9.12. die Facebook-Seite der FDP Berlin besuchte, sah ein merkwürdiges Foto: Parteichef Sebastian Czaja in gelber Warnweste, Seite an Seite mit Handwerkern im Protest gegen den Senat. Hatte die Partei des Großkapitals im Klassenkampf die Seiten gewechselt? Schön wär's – aber Czajas Gelbweste war nur ein Kostüm, die Demonstration lediglich eine Vorführung mit bezahlten Schauspielern.

Verschiedene Immobilienunternehmen hatten nämlich kürzlich gedroht, wegen des Mietendeckels ihre Sanierungs- und Neubautätigkeit massiv zurückzufahren. Der Dachverband „Fachgemeinschaft Bau“ rief deshalb zum Protest auf – aber nicht gegen die bauunwillige Immobilienwirtschaft, sondern gegen den Mietendeckel! So versammelten sich vor dem Brandenburger Tor ein paar Hundert Leute, um den Mietendeckel „aufzuhängen“ (so die Meldung des Lobbyverbands Zentraler Immobilien

Ausschuss). Etwa 90 % der Teilnehmer waren abgesandte Beschäftigte der teilnehmenden Betriebe, denen die Demo als Arbeitszeit angerechnet wurde. Professionell vorgedruckte Protestschilder, Trillerpfeifen und gelbe Westen wurden von den Organisatoren gestellt. Auf der Bühne wurde das Schreckensszenario eines linksextremen Systemwechsels gemalt, der Berlin letztendlich in ein Ruinenfeld verwandeln würde.

So lächerlich die Aktion war – sie zeigt, dass die Immobilienlobby angesichts der breiten Proteste für leistbaren Wohnraum langsam ihre Strategie ändert. Statt die Mietenbewegung nur als realitätsfern zu beschimpfen, werden deren Organisations- und Aktionsformen für die eigenen Zwecke instrumentalisiert. So gründeten Vertreter des rechten SPD-Flügels und des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller im Sommer die PR-Organisation „Neue Wege für Berlin“. Diese gibt sich als Graswurzelbewegung für



Schreckensszenario am Brandenburger Tor

die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, agitiert aber vor allem gegen Mietendeckel und Sozialisierung und lässt von uniformierten „Promotern“ (Bekleidungs Vorschrift: Jeans, Turnschuhe und Initiativen-T-Shirt) für 13 Euro pro Stunde Unterschriften für ein Volksbegehren sammeln.

Für die mietenpolitische Bewegung heißt es daher: Nicht für dumm verkaufen lassen und dem gekauften Pseudo-Protest mit eigener Energie entgegenzutreten!

Markus Wollina

Aus dem Abgeordnetenhaus

Klima – ein Arbeitsauftrag

Im Dezember fand im Abgeordnetenhaus im Ausschuss Umwelt, Verkehr und Klimaschutz eine Anhörung der Volksinitiative „Klimanotstand“ statt. Die Aktivist*innen forderten uns auf, mutiger zu sein. Selbst der Papst habe bereits den Klimanotstand ausgerufen, 84 deutsche Kommunen ebenso, die EU habe zumindest anerkannt, dass wir von einer Notlage sprechen müssen.

Meine Fraktion hatte sich bereits im August vergangenen Jahres positioniert, denn die Zeit wird immer knapper, um die schlimmsten Auswirkungen der Klimakrise zu verhindern. Die Krise selbst ist längst da und hat einen Vorlauf, der bis an die Anfänge der Industrialisierung zurückreicht. Für 54 Prozent aller 18-25-Jährigen ist heute die Klimakrise das wichtigste politische Thema.

Kurz darauf hat Berlin die Klimanotlage anerkannt und einen sogenannten Klimavorbehalt eingeführt. Das ist kein symbolischer Akt. Wir haben Klimaschutzziele und damit eine Reduktion von 95 Prozent beim CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2050 festgeschrieben. Zu Recht fordern die Volksinitiative und „Fridays for Future“, dass es schneller geht. Klimaneutralität muss vor 2050 erreicht werden.

Wir wollen, dass sowohl in der Bauordnung als auch im Energie-wendegesetz eine Solarpflicht verankert wird. Wir wollen ein Wärmegezet, das eine Mindestquote erneuerbarer Wärme beim Austausch von Heizungen vorschreibt. Wir wollen eine ökologische Verkehrswende.

Klimanotlage heißt für uns nicht, dass die Not auf andere abgewälzt wird, die dann gehalten sind, die Lasten zu tragen. Im Gegenteil: Notlage heißt, anzuerkennen, dass wir gemeinsam und konsequent handeln müssen. Und gemeinsam bedeutet in meinem Verständnis, auch und vor allem mit all jenen, die außerparlamentarisch dafür kämpfen, dass wir den Notstand als Arbeitsauftrag verstehen. Was wir tun.

Eine Notlage wie diese gibt keinerlei Vorlage, Demokratie und Beteiligung einzuschränken oder gar auszuhebeln. Im Gegenteil: Wir werden auf die Mitsprache möglichst aller und auf die Klugheit vieler bauen, um zu vernünftigen und nachhaltigen Lösungen zu kommen. Richtig ist, dass die Zeit drängt. Daraus lässt sich aber nicht der Schluss



Foto: Rico Prauss

Fraktionsvorsitzende Carola Bluhm:
Es geht nur mit den Bürger*innen

ableiten, dass von oben herab entschieden werden kann. Schon gar nicht dann, wenn möglicherweise Entscheidungen, die bereits getroffen wurden, auf den Prüfstand müssen, weil die Not vielleicht anderes gebietet als noch vor Jahren gedacht. Gerade in solchen Situationen geht es nur **mit** den Bürger*innen. So viel Zeit muss **immer** sein.

Carola Bluhm

Schulbauoffensive in Mitte - das geht besser!

Wir brauchen dringend mehr und gute Schulplätze in unserem Bezirk. Die Schulbauoffensive der rot-rot-grünen Koalition ist die richtige Antwort darauf. Als Herausforderung erweist sich die Umsetzung. Zunächst die guten Nachrichten: Anfang November 2019 wurde für den Schulneubau in der Boyenstraße der Grundstein gelegt.

Endlich! Voran geht es auch mit den Planungen für die neuen Schulstandorte in der Reinickendorfer und in der Adalbertstraße. Dabei wurden Kompromisse gefunden, um Schulumweltzentrum und Tennisverein im Bestand zu sichern. Nach Beschluss der BVV wird in der Pankstraße eine neue Gemeinschaftsschule entstehen. Zustimmung gibt es seitens des Senats auch für den Neubau einer Schule in der Schulstraße 97. Und wir erhalten das ehemalige Schulgebäude in der Levetzowstraße vom Land zurück. Für den Standort Putbusser Straße 12 hat eine

Mehrheit der BVV den Weg frei gemacht für die Reaktivierung des ehemaligen Schulstandortes in Kombination mit sozialräumlichen Angeboten. Doch neben diesen und weiteren guten Nachrichten gibt es auch Probleme: Weil das Bezirksamt sich nicht in der Lage sieht, bis Ende Juni 2020 die Bauplanungsunterlagen fertigzustellen, hat das Land Mittel für die Großsanierungen in der Hedwig-Dohm- und der Ernst-Schering-Schule gestrichen.

Beides dringende Sanierungsfälle in sozialen Brennpunkten. Gestrichen wurden auch Mittel für die Erweiterung der Kurt-Tucholsky-Schule. Damit drohen befristet zur Verfügung stehende Mittel eines Großinvestors zu verfallen. Fakt ist, dass es besser laufen könnte mit der Schulbauoffensive in Mitte, wenn die Zusammenarbeit im Bezirksamt besser klappen und endlich Prioritäten gesetzt würden. Es braucht mehr Mittel und Personal in den planenden und bauenden Abteilungen. Und es braucht Entscheidungen.

In der gemeinsamen Sitzung Schule und Stadtentwicklung wurde deutlich, dass Flächenkonkurrenzen nicht wegdiskutiert werden können, sondern Kompromisse gefunden werden müssen. Unerlässlich ist es, dabei die Schulen und schulischen Gremien sowie die Nachbarschaften einzubeziehen.

Ein großes Problem ist die Vorbereitung des kommenden Schuljahres. Der Bezirks-schulbeirat hat gemahnt, das Problem mangelnder Schulplätze nicht dadurch zu lösen, dass die Klassenfrequenzen weiter erhöht werden. Das ist in Mitte bereits an vielen Grundschulen der Fall. Mitgedacht werden muss auch, dass das Bauen bei laufendem Schulbetrieb Kinder und PädagogInnen sehr belastet. In der BVV am 19. 12. 2019 wurde der Schulentwicklungsplan des Bezirks beschlossen. Die Linke hat sich der Stimme enthalten, weil an vielen Stellen Lösungen fehlen. Daran werden wir auch künftig mitarbeiten.

Petra Schrader

Das ist das Letzte

Das Letzte aus dem alten für das neue Jahrzehnt. Und prompt teilte das Politbarometer des ZDF mit, was die Leute erwarten: 94 % glauben, dass es besser wird oder gleichgut bleibt. Nur 6 % befürchten Einbußen. Welch ein Triumph für die Regierungskunst aller Häuptlinge! Das wären in Berlin die Rot-Rot-Grünen und im Bund die Merkel-Mannschaft.

Aber da gibt es noch manches innerparteiliche Nachbeben zu den Ohrfeigen der Wähler. Unter den beliebtesten Politikern sind neue Köpfe zu sehen und andere verblasst. Links fehlt unser Gregor mit seinen Gags für Gauner. Auch unsere Sahra mit ihren Hieben für die Hochfinanz. Das freut die Falschen.

Winken Sie nicht ab! Ich mag solche Bewertungen auch nicht. Doch Politik ist unter heutigen Umständen leider ein Showgeschäft. Das liegt nicht allen Kandidaten, aber das brauchen alle Parteien. Also: Nicht jammern, üben! Mit Martin Luther: Tritt fest auf. Mach's Maul auf! Hör bald auf. Und nie ohne Pfeffer und Salz für die Vorredner!

Wohl denen, die – wie wir – als „bunter Haufen“ Punkte sammeln können.

Wir haben trotz mancher Abgänge einen stabilen Sockel. Der hat sogar etwas zugelegt. Die öffentliche Meinung ist immer ein Echo der veröffentlichten Meinung. Und wir wissen doch, wer da alles dran dreht. Welche Aussagen werden gebraucht? Die Demokopen liefern die richtigen Fragen und Antworten!

Die LINKE hat nun die „Gretchenfrage“ gestellt, wie sie vom Grundgesetz ausdrücklich erlaubt ist: Darf man Wohnungskartelle, die unsozialen Mietwucher betreiben – mit angemessener Entschädigung – enteignen? Man darf, sagen gesetzeskundige Berater. Ein Mietendeckel schützt die Mieter, vor der Enteignung von ihrem Menschenrecht auf Wohnen! Das wäre doch ein guter Anfang für das neue Jahrzehnt?

Arthur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE
Geschäftsstelle:
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337
E-Mail-Adresse:
info@die-linke-berlin-mitte.de
Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de
V.i.S.d.P.: Thilo Urchs
Satz + Druck:
R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die
Meinung der Redaktion wieder. Redaktionsschluss: 27.12.2019
Ausgabetag für Nr. 02/2020 – 06.02.2020

Zhana Jung meint

Baustelle „Drug-Checking“

Ab 2020 soll es in unserer Stadt ein neues Beratungs- und Analyseangebot für Partydrogen wie Amphetamine, Cannabis oder Ecstasy geben. Mit dem sogenannten „Drug-Checking“ können Besucher*innen des bunten Nachtlebens Drogen erstmals auf Reinheit und Dosierung überprüfen lassen, indem sie einen Teil der Substanzen vorher in einer stationären Beratungsstelle abgeben.

In Berlin ist damit ein bundesweiter Vorstoß gelungen. Nirgendwo gibt es derartige Beratungsstellen; dabei zeigt z.B. die Schweiz, dass ein solches Programm viele Vorteile hat. In der Schweiz gibt es das Drug-Checking schon seit 20 Jahren und die Erfahrungen dort zeigen, dass es trotz manch böser Behauptung keinen Zuwachs des Substanzkonsums gab. Ganz im

gehört im Berliner Nacht- und Partyleben dazu und es wäre sehr begrüßenswert, wenn dort mehr Sicherheit geboten werden kann und gleichzeitig die Beratungsstellen dazu führen, das bisherige persönliche Konsumverhalten zu reflektieren. Viele Menschen freuen sich auch über das breite Interesse und Engagement, was dem Projekt entgegenkommt. Etliche Vereine und Träger unterstützen das Drug-Checking in Berlin. Aber natürlich muss uns auch klar sein, dass das Testen von Substanzen nur eine von vielen sozialen und drogenpolitischen Baustellen ist. Ebenso müssen wir uns weiter dafür einsetzen, dass allen Drogenkonsument*innen und allen drogenabhängigen Menschen in unserer Stadt geholfen wird, u.a. mit Konsumräumen.

Zhana Jung



Gegenteil: Drug-Checking kann Überdosierungen verhindern, unreine Substanzen aus dem Verkehr ziehen und vor allem durch die informativen, aufklärenden Pflichtgespräche aktiv die Prävention unterstützen. Es ist eben nicht nur eine anonyme Anlaufstelle zum Test, sondern führt durch die Gespräche mit Sozialarbeiter*innen vor Ort auch zu einem verantwortungsvolleren Konsum, da die Informationen direkt bei den Konsument*innen ankommen.

Der Berliner Senat unterstützt das Pilotprojekt mit ungefähr 150.000 Euro, die im Jahr 2018 und im Jahr 2019 bereitgestellt waren. Allerdings gibt es immer noch Verzögerungen bei der Umsetzung der Beratungsstellen. Da es schließlich um den Umgang mit illegalen Substanzen geht, gab und gibt es viele rechtliche Hürden. Allerdings kam ein Rechtsgutachten im Sommer zu dem Schluss, dass alle Projektmitarbeiter*innen straffrei bleiben würden.

Ich hoffe, dass das Drug-Checking in Berlin bald starten kann. Der Konsum von Drogen

Wir gratulieren im Januar zum Geburtstag!

- Zum 97. Dora Scholze
- Zum 94. Ilona Jechow, Ruth Schröder
- Zum 93. Horst Kniestedt
- Zum 90. Johanna Kayser
- Zum 89. Dietrich Ehrentreich, Magda Schlieffe, Edith Spitzer
- Zum 88. Ingeborg Teubner
- Zum 86. Werner Binus, Dieter Giersch, Karl Rabe
- Zum 85. Gerlinde Cymborowski, Elfriede Dieß
- Zum 84. Helga Lohse, Barbara Raatz, Günter Zachau
- Zum 83. Doris Barth, Helga Sobisiak
- Zum 82. Lidia Schewtschenko, Günter Grunow
- Zum 81. Elfriede Rastig, Ursula von Schirmeister
- Zum 80. Helga Besler, Elfriede Lewerenz
- Zum 75. Britta Bastian